



München, 21.09.2020

SPD will Entschädigungsfonds für Opfer des Oktoberfestattentats

Sprecher für Bekämpfung des Rechtsextremismus Ritter: Betroffene leiden bis heute - Quellen sichern und Geschehnisse in die Lehrpläne aufnehmen

Anlässlich des 40. Jahrestages des Oktoberfestattentats fordert der SPD-Sprecher für die Bekämpfung des Rechtsextremismus **Florian Ritter** einen Entschädigungsfonds für die Opfer und Hinterbliebenen. Bei dem Attentat am 26. September 1980 wurden 13 Menschen, darunter der Attentäter, getötet, 213 zum Teil schwer verletzt. Es ist der bislang schlimmste rechtsterroristische Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik. "Die bisherige Entschädigung ist zu niedrig, und sehr viele Opfer mussten sich an die Sozialgerichte wenden. Zudem hat es die Staatsregierung noch im Sommer abgelehnt, einen Opfer-Fonds einzurichten. Es ist beschämend, wenn Opfer und Hinterbliebene bis auf den heutigen Tag um eine angemessene Entschädigung kämpfen müssen", erklärte Ritter heute (21.9.) bei einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag in München. Die Staatsregierung soll einen Fonds auflegen und die Hilfen der Landeshauptstadt München ergänzen.

Viele der Opfer sind bis heute auf Hilfen angewiesen, sie mussten zahlreiche Operationen hinter sich bringen, sind lebenslang auf den Rollstuhl, Prothesen und andere Hilfsmittel angewiesen. Das Attentat und die Folgen haben Familien und Existenzen zerstört. "Was für die breite Öffentlichkeit Geschichte ist, ist für die Opfer noch heute ein täglicher Kampf im Umgang mit den Folgend des Attentats", erklärt Ritter.

Neben dem Opferfonds möchte Ritter auch die dauerhafte Sicherung aller Dokumente und Archivalien zum Oktoberfest-Attentat erreichen. In einem weiteren Antrag fordert er die Staatsregierung auf, dem Landtag bis zum 26. März 2021 ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Die Geschehnisse um den schlimmsten Terroranschlag in der bundesdeutschen Geschichte sollen zudem Eingang in die Lehrpläne erhalten. "Das Attentat war politisch und historisch von einschneidender Bedeutung für die Geschichte der Bundesrepublik und Bayerns",

argumentiert Ritter. Mit diesem Anschlag begann die gesellschaftspolitische Debatte um die Kontinuität rechtsradikaler Netzwerke und rechtem Terrorismus in Deutschland nach 1945, die bis heute anhält.

Das Handout zur Pressekonferenz und die Anträge finden Sie [hier](#)